

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 7

Artikel: Zur deutschen Wirtschafts- und Währungslage
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333133>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur deutschen Wirtschafts- und Währungslage

Von Emil J. Walter.

Wenn auch im Augenblick Währungsfragen nicht mehr im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Interessen zu stehen scheinen, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß in absehbarer Frist die Währungsfrage für eine ganze Reihe von Ländern wieder aktuell wird. In Rußland wurde kürzlich — von der Oeffentlichkeit kaum beachtet — eine starke Abwertung des Goldwertes des russischen Rubels dekretiert. Und der unterirdische Kampf, der hinter den Kulissen des Dritten Reiches um die Richtung der zukünftigen Wirtschaftspolitik durchgefochten wird, dreht sich zu einem wesentlichen Teil um die Gestaltung der deutschen Währungs- und Finanzpolitik. Noch ist trotz Schacht- und Reichwehrkrise nicht zu erkennen, in welcher Form die deutsche, auch für das Schicksal Europas entscheidende Krise ihren Abschluß finden wird. Fest steht nur, daß der Kampf um Schacht nur das Vorspiel und Symptom für den Kampf zwischen der Schicht der neuen und der Schicht der alten Herren von Schwerindustrie, Reichswehr und Fachbeamten war und vorläufig mit einem ziemlich ausgesprochenen Sieg der inneren Parteiklique, dem Sieg der arrivierten Neureichen geendet hat.

Zweifellos steuert die deutsche Wirtschaft unter dem Regime des Vierjahresplanes einen gefährlichen Kurs. Es hätte gar nicht erst der Veröffentlichung der geheimen Denkschrift der Schwerindustrie bedurft, um die geradezu ausweglose Situation zu erkennen, in der sich gegenwärtig die deutsche Wirtschaftspolitik windet. Dennoch wäre es falsch, wenn man glauben würde, die wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten müßten sich schon im Jahre 1938/39 in der gleichen Form äußern, wie sie dies nach Beendigung des Weltkrieges taten, nämlich in Form einer offenen Inflation.

Betrachten wir zunächst in zusammenfassender Uebersicht die *deutsche Inflation* der Nachkriegszeit. Inflation und Deflation sind im System der liberalen Wirtschaft die beiden gegensätzlichen Pole der staatlichen Geldpolitik. Der Staat hat in der Vergangenheit immer dann zu inflationistischen Maßnahmen gegriffen, wenn die andern Methoden der Geldbeschaffung durch Steuern oder durch Anleihen versagt haben. Inflation ist die Schaffung zusätzlicher, künstlicher Kaufkraft im Interesse der Staatswirtschaft. Der Staat drängt dem Geldumlauf unter Zwangskurs zusätzliches Papiergegeld auf. Die Inflation ist eine der *brutalsten Methoden der indirekten Besteuerung*. Sie bewirkt vorübergehend eine künstliche Belebung der Wirtschaft, bedeutet aber zugleich eine Verschleuderung des Volksvermögens (durch Auslandsverkäufe, Verteuerung des Importes und den Zwang zu unproduktiven Arbeitsleistungen). Sie erleichtert die Spekulation, enteignet die Gläubiger zugunsten der Schuldner. Die Preise steigen rascher als die Löhne: der Reallohn der Arbeiter sinkt. Der kleine

Sparer, der Rentner und die Pensionierten sehen während der Inflation ihre Kapitalguthaben dahinschwinden. Dagegen nimmt die Macht der Sachwertbesitzer, der Kartelle, der Trusts und Monopole zu.

Die deutsche Inflation setzte schon während des Weltkrieges ein. Sie wurde erst Ende 1923 abgestoppt, nachdem eine Reihe von innern und äußeren politischen und wirtschaftlichen Ursachen die Entwertung der deutschen Mark bis zu einem phantastischen Ausmaß verursacht hatte. Bis zum Jahre 1917 war die Entwertung der deutschen Währung auf den ausländischen Devisenmärkten zur Hauptsache die Folge der scharfen Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz; von 1917 bis 1923 traten rein inflationistische Wirkungen in den Vordergrund. Im Jahre 1923 besserte sich der Wechselkurs vorübergehend, um aber gegen Ende des Jahres im Gefolge des Ruhrkampfes durch eine geradezu unerhörte Entwertung der deutschen Mark abgelöst zu werden. Es betrug am:

Datum		Notenumlauf in Mill. Papiermark	Jeweiliger Dollarkurs (in Papiermark)
Ende Juli	1914	1 891	4,2
Ende Dezember	1914	5 046	4,56
Ende Dezember	1915	6 918	5,25
Ende Dezember	1916	8 055	5,55
Ende Dezember	1917	11 468	5,09
Ende Dezember	1918	22 188	8,0
Ende Dezember	1919	35 698	48,43
Ende Dezember	1920	68 805	73,37
Ende Dezember	1921	113 639	184,0
Ende Juni	1922	169 212	374,5
Ende Dezember	1922	1 280 Milliarden	7 350
Ende Januar	1923	1 984 »	49 000
Ende Februar	1923	3 512 »	22 700
Ende März	1923	3 517 »	20 945
15. April	1923	5 837 »	21 110
30. Juni	1923	17 291 »	154 500
15. November	1923	92 844 720 Billionen	2 520 Milliarden

Nur durch Einführung einer neuen Geldeinheit konnte die deutsche Währung wieder stabilisiert werden. Durch Gesetz vom 15. Oktober 1923 wurde die deutsche Rentenbank errichtet, welche die Einführung eines neuen inländischen Zahlungsmittels an Stelle der entwerteten Papiermark in Form der Rentenmark vorsah. Die Rentenmark wurde durch Goldhypotheken von Landwirtschaft und Industrie gedeckt und durfte nur im Höchstbetrage von 3200 Millionen Mark ausgegeben werden. Die Zwischenlösung der Rentenmark ermöglichte im Laufe des Jahres 1924 die Rückkehr Deutschlands zur *Goldkernwährung*, welche am 30. August durch das Reichsbankgesetz gesetzlich fixiert wurde. Dadurch wurde eine Billion Reichsmark der alten Ausgabe einer neuen Reichsmark gleichgesetzt.

Der Weltkrieg stürzte nicht nur Deutschland in große Währungsschwierigkeiten. Sozusagen alle kapitalistisch organisierten Volkswirtschaften wurden durch die finanziellen Folgen des Weltkrieges in Mitleidenschaft gezogen. Die Golddeckung der umlaufenden Noten sank in den meisten Ländern. Selbst dort, wo sie nicht sank, sondern stieg, wie in einigen neutralen Staaten, konnte eine starke Vermehrung des Notenumlaufes nicht verhindert werden:

Land	Noten-	Noten-	Noten-	Noten-
	ausgabe in Mill. Fr.	deckung in %	ausgabe in Mill. Fr.	deckung in %
	30. Juni 1914		30. Juni 1920	
Frankreich	4 697	78 %	5 830	15 %
England	1 000	135 %	2 947	98 %
Italien	1 273	78 %	1 299	10 %
Deutschland	2 038	54 %	1 369	8 %
Oesterreich-Ungarn	1 626	67 %	293	0,5 %
Vereinigte Staaten	2 484	69 %	10 547	54 %
Schweiz	194	68 %	620	65 %
Spanien	1 261	66 %	3 100	79 %
Schweden	147	46 %	363	35 %

In diesen Zahlen, die alle auf Grund der Wechselkurse in Schweizerfranken umgerechnet sind, kommt die Entwertung der Notenausgabe vor allem bei Frankreich, Italien, Deutschland und Oesterreich zum klaren Ausdruck.

Entwertete Währungen können auf verschiedene Arten stabilisiert werden. Man kann zum Beispiel, wie dies in England 1816—19 geschah, die entwerteten Noten wieder zur ursprünglichen Parität in Metallgeld einlösen = sogenannte *Normalisierung durch Deflation*. Oder das Papiergegeld, das entwertet wurde, kann gesetzlich als wertlos erklärt werden, wie das in Frankreich nach der bekannten Assignatenwirtschaft geschah: *Repudiation*. Endlich kann ein Umtauschverhältnis zwischen alter und neuer Währungseinheit gesetzlich fixiert werden: *Devaluation*. Die Devaluation haben in der Nachkriegszeit zum Beispiel Frankreich und Deutschland gewählt, wobei allerdings die deutsche Devaluation wegen der schon ungemein weit fortgeschrittenen Entwertung der alten Papiermark praktisch einer Repudiation gleichzusetzen war. Bloß für Hypotheken und andere bestimmte langfristige Forderungen wurde nachträglich durch gesetzgeberische Maßnahmen eine beschränkte Aufwertung der alten Papiermarkforderungen durchgeführt.

Im großen gesehen, bedeutete die deutsche Inflation eine Abwälzung der Kriegsschuldenlasten auf die Rentner- und Arbeiterschichten. Ein ganz ähnlicher Prozeß vollzieht sich gegenwärtig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Allerdings haben sich die technischen Mittel entsprechend der Änderung der Wirtschaftsstruktur geändert, aber der soziale Inhalt ist geblieben. Seinerzeit fand der Streit um die deutsche Wirtschaftspolitik seinen symbolhaften Ausdruck in der

bekannten Panzerkreuzeraffäre: Durch den Sieg des Nationalsozialismus ist der Kampf zugunsten der Waffen und zuungunsten von Milch für die Kinder der Armen und Butter für das Volk entschieden worden.

In einer beachtenswerten Schrift »Deutschland wohin?« hat kürzlich Fritz Sternberg (Straßburg 1937) versucht, »die Wirtschaft des Dritten Reiches und ihre Perspektiven« zu skizzieren. Die deutschen Rüstungsausgaben dürften sich seit dem Machtantritt Hitlers bis Ende 1937 auf mindestens 35 bis 40 Milliarden Mark belaufen haben. Ein Teil dieser Ausgaben ist durch Anleihen gedeckt worden: bis Mitte 1937 wurden etwa 6 Milliarden Mark zum Teil in Form von Zwangsanleihen untergebracht. Etwa 15 bis 20 Milliarden sind durch erhöhte Steuereingänge, neue Steuern (Sammlungen usw.), zusätzliche Zölle und Ersparnisse sozialpolitischer Natur (Abbau der Arbeitslosenunterstützung durch Senkung der Sätze und Rückgang der Arbeitslosigkeit, Einschränkung der Ausgaben für kulturelle Zwecke usw.) aufgebracht worden. Bei vorsichtiger Schätzung gelangt man mit Sternberg zur Ueberzeugung, daß nur etwa 15 Milliarden Mark durch inflationistische Maßnahmen: Diskontierung von Arbeitsbeschaffungswechseln durch die Reichsbank, Steigerung des Geldumlaufs durch Ausgabe von zusätzlichen Banknoten und Vermehrung des Münzgeldumlaufs gedeckt worden sind. Dabei ist noch zu beachten, daß diese Neuverschuldung des Dritten Reiches zunächst um so weniger ins Gewicht fällt, als durch die bekannten Methoden der Devisengesetzgebung faktisch die vor 1933 in Deutschland bestehenden ausländischen Guthaben bis auf etwa $\frac{1}{8}$ ihres Wertes enteignet worden sind (Sperrmark usw.).

Die deutsche Aufrüstung ist in der Hauptsache von der deutschen Arbeiterschaft durch gesteigerte Arbeitsleistung und Senkung der Reallöhne bezahlt worden. (Ein kleinerer Teil der Kosten wurde dank der Devisenzwangswirtschaft und Kontrolle der Kapitalausfuhr vom ausländischen Kapital getragen.) Von 1932 bis 1936 stieg das Gesamteinkommen der deutschen Arbeiterklasse um 15 Prozent, die Zahl der Neubeschäftigten aber um 37 Prozent. Da in der gleichen Periode die Preise um 15 Prozent anzogen, besaß das Gesamteinkommen der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1936 die gleiche Kaufkraft wie 1932, trotzdem sich dieses Einkommen auf eine um 37 Prozent gestiegene Arbeiterzahl verteilte. Der wirtschaftspolitische Sinn des Nationalsozialismus ist damit klargestellt: Der Nationalsozialismus hat die Arbeitslosen derart dem Produktionsprozeß einverlebt, daß ihre Arbeitsleistung *unentgeltlich* für die Aufrüstung eingestellt werden konnte, indem in gleichem Maße, wie neue Arbeiter eingestellt wurden, die Löhne der bereits beschäftigten Arbeiter direkt durch Lohnabbau, »freiwillige« Beiträge usw., indirekt durch die Preissteigerung gesenkt wurden.

Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches hat die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt schwer geschädigt. Zwar wird durch eine Industrieumlage das Exportdumping staatlich organisiert, aber Rohstoffmangel, Ersatzstoffwirtschaft und Belastung durch bürokratische Verwaltung haben die Produktions-

kosten derart vermehrt, daß der deutsche Export mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die in den letzten Monaten eingetretene Belastung des Arbeitsmarktes scheint (Zunahme der Arbeitslosigkeit, im Dezember 1937 nach Zeitungsmeldungen über 400 000 Arbeitslose) ein Zeichen für die großen Schwierigkeiten zu sein, denen die Durchführung des Vierjahresplanes begegnet. Der Vierjahresplan sollte Deutschland »autark« machen. Ersatzstoffe sollten die deutsche Rohstoffeinfuhr herabsetzen. Aber jede Ersatzstoffindustrie braucht ihrerseits wieder Rohstoffe: Kunstseide und Kunstwolle benötigen Holz und Zellstoff als Rohstoffe. So bewegt sich die Wirtschaftspolitik des Vierjahresplanes im Kreise: Man baut Ersatzstoffindustrien aus, ersetzt den eingeführten Rohstoff durch einheimische Fabrikation, muß aber auf der andern Seite die Einfuhr von andern Rohstoffen vergrößern.

Die zunehmenden Eingriffe des nationalsozialistischen Staates in die Wirtschaft führen, gleich wie in Italien, zu einer wachsenden Verbeamtung. Die bereits erwähnte Denkschrift der Schwerindustrie weist mit Bedauern darauf hin, daß unter der Herrschaft des Nationalsozialismus schon auf acht Einwohner ein Beamter kommt, während unter der Republik dies erst auf zwölf Einwohner der Fall war.

Ob Hitler, nachdem die Aufrüstung sich ihrem Ende zuneigt, gewisse materielle Möglichkeiten der Aufrüstung erschöpft sind, den Ausweg in einer Periode byzantinischer Bauwut sucht, wie dies die gigantischen Pläne zum Aus- und Umbau Berlins anzudeuten scheinen, oder ob der Nationalsozialismus zum außenpolitischen Abenteuer gedrängt wird, muß die nächste Zukunft weisen. Auf alle Fälle ist die Kriegsgefahr größer denn je. Ebenso wie in Japan die innerpolitischen Spannungen schließlich zum Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges geführt haben, wie in Italien die soziale Zuspitzung der Gegensätze zum abessinischen und spanischen Abenteuer führte, scheint sich in Deutschland eine ähnliche Entwicklung anzubahn. In der Armee ist die alte Garnitur der konservativen Generäle der Reichswehr bereits durch nationalsozialistische Offiziere oder dem Nationalsozialismus Konzessionen machende Offiziere ersetzt worden: die Periode des offenen Kampfes um die territorialen Klauseln des Versailler Vertrages hat begonnen.

Die Hoffnung, die Furcht der Diktatoren vor dem unvermeidlichen revolutionären Umsturz im Gefolge eines Weltkrieges vermöge das Schlimmste zu verhüten, wird geringer denn je. Nur dies eine ist gewiß: bricht der zweite Weltkrieg aus, so wird dieser Weltkrieg unvermeidlich zum Klassenkrieg um eine soziale und politische Neuordnung der Welt, zum Krieg für ein sozialistisches Europa.